

Begründung des Änderungsantrags:

Es soll eine Abkehr vom strikt gegliederten Schulsystem in Hessen eingeleitet werden, ohne den Schulkampf des vergangenen Jahrhunderts wieder zu beleben. Mit einem Landesprogramm sollen bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode die Hälfte aller weiterführenden Schulen die Möglichkeit erhalten, sich auf freiwilliger Basis zu so genannten "Neuen Schulen" weiterzuentwickeln. Mit dem Antrag wird dieses Programm im Haushaltsjahr 2008 begonnen. Kennzeichen dieser "Neuen Schulen" sind das gemeinsame Lernen aller Schülerinnen und Schüler bis zum Ende der Sekundarstufe 1, die deutliche Reduzierung der Klassengrößen auf maximal 25 Schülerinnen und Schüler und ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot. Das Sitzenbleiben und die Querversetzung in eine andere Schulform sollen durch mehr individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers ersetzt werden. Zudem sollen durch eine enge Verzahnung der Schule mit der Jugend- und Sozialarbeit sowie durch die Einbeziehung von Sozialpädagogen in den Schulalltag insbesondere Schülerinnen und Schülern mit vielfältigen schulischen und außerschulischen Problemen von Anfang an besser gefördert werden. An den "Neuen Schulen" sollen alle Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe 1 sowie das Abitur möglich sein. Zu diesem Zweck soll die "Neue Schule" entweder eine eigene Oberstufe haben oder eine Kooperationsvereinbarung mit einer benachbarten Oberstufe schließen. Der Weg zu einer 'Neuen Schule' steht allen bisherigen Gymnasien, Haupt- und Realschulen, kooperativen und integrierten Gesamtschulen offen. Das Angebot beruht auf Freiwilligkeit; die Entscheidung, am Programm „Neue Schule“ partizipieren zu wollen, geht von Schulgemeinden und Schulträgern aus.

Wiesbaden, 09.11.2007

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir